

Die Legende von Kamalot

Joe Bidens Vizepräsidentenskandidatin Kamala Harris ist der Anti-Trump | Von Jonathan Lutes

Tag 1311 der Trump-Administration, es bleiben noch 73 Tage bis zur nächsten US-Präsidentenwahl – mit dem Parteitag der Demokraten hinter uns und der frisch gekürten demokratischen Vizepräsidentenskandidatin Kamala Devi Harris – einer Entscheidung auf Sieg oder Niederlage –, die nun fest am politischen Firmament Amerikas installiert ist, ist es nun vielleicht nicht zu früh, darüber nachzudenken, wie die Chancen stehen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ihren dreieinhalbjährigen Sturzflug beenden und einen erwachsenen Präsidenten wählen.

Seit dem Ende des ersten Monats der Covid-19-Pandemie, etwa zu der Zeit, als die Vorwahlen der Demokraten in South Carolina die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten in Richtung von Joe Biden gelenkt haben, der nun auch offiziell aufgestellt wurde, ist Präsident Donald Trump, wenn man der Aussagekraft der Wahlumfragen glauben mag, die Gunst zuteil geworden, bei den prozentualen Anteilen aller abgegebenen Stimmen zwischen fünf und neun Punkten und seit Mitte Juni durchweg um mindestens acht Punkte hinten zu liegen. Alle Beobachter der US-Politik wissen, dass der Gewinn des Wahlkollegiums, also eine ausreichende Mehrheit an Wahlmännern aus den 50 Bundesstaaten plus Washington, D.C., die beinahe alle nach Mehrheitswahlrecht wählen und je nach Einwohnerzahl eine bestimmte Anzahl an Wahlmännern- und -frauen in ebenjenes Wahlkollegium entsenden, die Wahl entscheidet – und nicht das faktische Votum der Bevölkerung in prozentualen Stimmenteilen – *the popular vote*. Dennoch würde ein Vorsprung Bidens von acht Prozentpunkten bei der absoluten Stimmenanzahl den größten Abstand zwischen den Kandidaten seit Bill Clintons erdrutschartiger Wiederwahl 1996 bedeuten. Und dies wäre nach allem, was man im Moment hört, dann doch eine zu große Hypothek für Trump, als dass er die Wahlkollegium erneut spielen und damit



PICTURE ALLIANCE/REUTERS

die faktischen Stimmenteile ignorieren könnte. Das aber müsste er tun, um sich eine zweite Amtszeit zu verschaffen.

War es also angesichts dieser für Biden statistisch aussichtsreichen Ausgangssituation – 2016 hatte Hillary Clinton Ende August nur vier Punkte Vorsprung – eine gute Entscheidung, die kalifornische Senatorin Kamala Harris am 11. August als Vizepräsidentenskandidatin zu bestimmen? Beurteilt man dies auf Basis der Rezeption dieser Entscheidung in den sozialen Medien und verschiedener Blitzzumfragen, kann die Antwort nur „Ja“ lauten. Doch bestimmte Stationen einer Kampagne wie die Wahl des Vizepräsidentenkandidaten haben die Tendenz, zumindest vorübergehend für Turbulenzen zu sorgen. So hat John McCains Ernennung von Sarah Palin als Vizepräsidentenskandidatin Ende August 2008 einen Acht-Punkte-Nachteil in einen – allerdings kurzlebigen – Fünf-Punkte-Vorsprung verwandelt. (Ja, das ist tatsächlich passiert.) Bedeutsamer sind aber die ersten Reaktionen des Trump-Teams auf die Wahl von Harris. Je nachdem, welche politische Fachkraft aus Trumps chaotischer Kampagnentruppe sich äußert, ist Harris, vormalige Generalstaatsanwältin in Kalifornien, entweder zu weich in der Verbrechensbekämpfung – sie ist ja schließlich

eine leidenschaftlich Linkliberale! – oder aber Feind Nr. 1 der „Black Lives Matter“-Proteste – denn sie war ja Kaliforniens Top-Polizistin! Selbstverständlich ist keine dieser Darstellungen wahr.

Als eine von insgesamt nur vier Schwarzen Frauen, die jemals das Amt einer Generalstaatsanwältin in den USA bekleideten, war Harris immer eine durch und durch fortschrittliche Frau. Trotzdem erhielt sie im vergangenen Winter während der Feuerprobe einer vielversprechenden, aber gescheiterten Präsidentschaftskandidatur für die Demokraten viel öffentliche Kritik vom linken Parteiflügel – weitgehend jedoch unbegründet. Die Parteilinie zeichnete das Bild einer Hardlinerin: zu strikt in Sachen Kriminalitätsbekämpfung, eine Gegnerin der Legalisierung von Marihuana und eine Befürworterin des Einsperrens von Eltern, deren Kinder zu viele Schultage versäumen. Es war alles übertrieben, wurde aber immerhin laut genug geäußert, um bei der Trump-Kampagne in ihrem Versuch, Harris' Schwachpunkte auszumachen, für Verwirrung zu sorgen. In der Tat scheint Harris, je nachdem, wessen Kriterien angelegt werden, die liberalste, die zweit- oder auch fünftliberalste Person im US-Senat zu sein, mitunter sogar fortschrittlicher oder linker als Bernie Sanders.

Eine weitere von Harris' für ihre Gegner entmutigenden Qualitäten ist, dass sie in mehrfacher Hinsicht sowohl ein Anti-Trump als auch ein Anti-Biden ist. Zusätzlich zu der offensichtlichen identitätspolitischen Tatsache, dass Harris eine farbige Frau mittleren Alters ist – Tochter einer indischen Mutter und eines schwarzen Vaters – während Trump und Biden (übrigens auch Vizepräsident Mike Pence) alte weiße Männer sind –, ist sie auch eine mit kühlem Kopf agierende Politikerin. Trump und Biden erlangen, in unterschiedlichem Maße, ihre Unterstützung durch emotionale Appelle. Dies soll nicht heißen, dass Harris kein warmherziger und charismatischer Mensch ist, denn das ist sie in der Tat. Es soll nur deutlich machen, dass sie intellektuell so viel mehr zu bieten hat, wie ihr meisterhafte Befragung von Trump-Gefolgsleuten bei Senatsanhörungen beweist. Die oberflächlichen Ähnlichkeiten zwischen Trump und Biden, einschließlich ihrer gemeinsamen Neigung zu verbalen Ausbrüchen, sind ein wichtiger Grund dafür, dass Trump mit seinen Schlägen gegen Biden allem Anschein nach bisher noch nicht landen konnte. Und da sich Harris nun als schwer zu treffendes Ziel erwiesen hat, konnte Trumps einzige politische Strategie von Angriff und Ablenkung bis jetzt nicht so wie im Jahr 2016 greifen.

Wenn die Harris häufig attestierte Nebulosität als Mensch eher unwichtig erscheinen mag, der sollte bedenken, dass Trumps einziges politisches Geschick das eines Marktschreiers, Windmachers, einer rhetorischen Dreckschleuder. Wenn ein Ver-



JONATHAN LUTES
Der amerikanische Journalist ist Redakteur der englischsprachigen Zeitungen *The German Times* und *The Security Times*.

käufer seinen Zuhörern nicht verständlich machen kann, was er verkauft, verkauft er nicht. Trump ist bereits mit diesem Problem konfrontiert worden, als er Biden – erfolglos – in verschiedene abwertende Schubladen stecken wollte, entweder als Kreatur aus dem Sumpf des Washingtoner Establishments, als Vehikel für links außen stehende Liberale, als berechnender und korrupter Global Player oder als tattriger alter Onkel.

Keiner dieser Angriffe hat bisher verfangen. Das liegt wohl daran, dass Biden ein bisschen von all diesen Figuren hat und trotzdem keine davon ist. Die Amerikaner kennen Biden, sie kennen ihn seit Jahrzehnten gut, für Gutes wie für Schlechtes.

Kamala Harris, da den Amerikanern viel weniger bekannt, hätte also eine gute Zielscheibe abgeben können für Trumps pervers-obsessives Geschick für Diffamierungen. Denn mit seiner düsteren Bilanz als Präsident kann er nur hoffen, Stimmen zu gewinnen, indem er auf allgemeine oder spezifische Weise Panikmache betreibt, da es ihm nicht gelingen wird, aus den genannten Gründen die konkrete Person eines Gegners wirksam mit der von ihm verbreiteten Niedertracht zu diskreditieren. Und so wird die Wahl letztlich zu einer Wahl werden, die auf Grundlage von Verdiensten entschieden wird. Und weil 175000 Amerikaner infolge von Covid-19 gestorben sowie mehr als 50 Millionen arbeitslos sind, viele Zehnmillionen weitere durch republikanische Bemühungen, Obamacare unwirksam zu machen, bedroht sind, ihre Gesundheitsversorgung zu verlieren, Millionen von Wählern durch Versuche, die Briefwahl zu sabotieren, vor der Entziehung ihres Wahlrechts stehen und – für diejenigen Amerikaner, die noch etwas darauf geben, was Nichtamerikaner von ihnen denken – weil das Land in Übersee den schlechtesten Ruf in den 246 Jahren der Republik genießt, lässt sich wirklich nicht sagen, dass auf Trumps Seite nennenswerte Verdienste stünden.

Aus dem amerikanischen Englisch von Thorsten Tynior

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @mathadear.

Sagt ihre Namen

Gökhan Gültekin, Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Said Nesar El Hashemi und seine Mutter Gabriele – das sind die Menschen, die der rechts-extreme Terrorist Tobias R. am 19. Februar ermordete. Der Anschlag von Hanau ist nun sechs Monate her. Was ist seitdem passiert ist? Nicht genug.

Auch deswegen gehen am heutigen Samstag in Hanau Menschen auf die Straße. Neben der Forderung nach Konsequenzen, soll das Gedenken an die Ermordeten gestärkt und das klare Signal gesendet werden, dass die Hinterbliebenen nicht mit ihrem Schmerz alleine gelassen werden dürfen. Außerdem sind es wieder einmal in erster Linie die Angehörigen, die überhaupt für eine weitere Aufklärung der Tatumstände sorgen.

Sie sind es, die Belege sammeln und unermüdlich Fragen stellen. Zum Beispiel, weshalb die vier Notrufe von Vili Viorel Păun in der Tatnacht nicht von der Polizei angenommen wurden. Warum Tobias R. trotz eines Verfahrens gegen ihn eine Verlängerung seiner Waffen-erlaubnis bekam. Oder wieso ein Vorfall in Hanau vor drei Jahren, bei dem ein Mann mit seiner Waffe Jugendliche ins Visier nahm, nicht weiterverfolgt wurde – die Täterbeschreibung passt auf Tobias R., seine Wohnung ist nur wenige hundert Meter entfernt.

Die Formel ist so simpel wie grauenvoll: Rassismus tötet. Rassismus zu bekämpfen, schützt also konkrete Menschenleben. Auch der Anschlag von Hanau hätte vermutlich verhindert werden können. Immerhin: Mittlerweile gibt es einen Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Doch fühlt sich dieser zum jetzigen Zeitpunkt an, als würde man auf der Titanic sitzen und erstmal einen offenen Brief an den Eisberg schreiben. (In Zeiten der Klimakrise lässt man den Eisberg ja ohnehin lieber schmelzen, bevor man in Deutschland aktiv wird.)

Egal, ob es sich um eine Studie zu Racial Profiling und Rassismus bei den Polizeibehörden handelt, die Enttarnung von polizeilich bekannten Gefährder_innen oder eine Berichterstattung, die Plätze wie Shisha-Bars nicht als Gefahrenorte stigmatisiert. Die Expertise und Forderungen gerade migran-tischer Organisationen, um gegen Rassismus vorzugehen, existieren schon lange. Spätestens (!) nach der Selbstenttarnung des NSU wäre der Zeitpunkt zum entschlossenen Handeln gewesen. Dass dies nicht geschehen ist, zeugt umso mehr davon, wie tief der Rassismus Deutschland in den Knochen steckt.

Nur über seine Leiche?

Ein irritierter Alexander Lukaschenko wehrt sich gegen die Proteste der belarussischen Bevölkerung | Von Gwendolyn Sasse

Die Proteste in Belarus dauern an, und noch immer ist ihr Ausgang offen. In der zweiten Woche nach den Präsidentschaftswahlen, die Amtsinhaber Alexander Lukaschenko zu seinen Gunsten fälschte, haben sich die Proteste zu einer Massenmobilisierung verdichtet. An der zentralen Kundgebung in Minsk am vergangenen Sonntag nahmen über 100 000 Menschen teil. Am selben Tag fand eine von Lukaschenko organisierte Demonstration statt: Die Zahl der Teilnehmenden fiel bescheiden aus.

Es blieb nicht bei diesem einen Versuch, Unterstützung für Lukaschenko zu inszenieren. So flog er ein paar Tage später per Helikopter zu einem staatlich kontrollierten Großbetrieb, um medienwirksam vor der angeblich regimetreuen Gefolgschaft aufzutreten. Anstelle des erwarteten Applauses rief die Belegschaft aber: „Geh weg!“, und für einen Moment wirkte Lukaschenko sichtbar unsicher. Er appellierte an den Wunsch der Bevölkerung nach Stabilität und steigerte sich in die Beteuerung, er werde die politische Bühne, wenn überhaupt, nur tot verlassen. Andernorts waren zuvor schon die Belegschaften einer Reihe von Großbetrieben und Staatsmedien dem Aufruf der Opposition zum Generalstreik gefolgt.

Das Ausmaß der Selbstorganisation bei den anhaltenden friedlichen Protesten ist bemerkenswert. Ohne auf eine gefestigte Struktur zivilgesellschaftlicher oder politischer Opposition zurückgreifen zu können, sind die Proteste von einem hohen Maß an Disziplin, Strategie und Kreativität geprägt. In den sozialen Medien kursieren Bilder von Demonstrierenden, die sogar ihren eigenen Müll entsorgen. Die Proteste sind im ganzen Land verankert, nicht nur in der Hauptstadt Minsk. Es gibt erste Anzeichen für eine Bereitschaft einzelner Kommunalverwaltungen, Kompromisse mit den Demonstrierenden auszuhandeln.

Und trotz dieses umfassenden gesellschaftlichen Aufbruchs ist der Erfolg der auf Neuwahlen fokussierten Proteste immer noch nicht garantiert. Lukaschenko spielt auf Zeit und scheint an Spielraum, wenn auch nicht an Legitimität zu gewinnen. Jede einzelne seiner Antworten auf die Proteste – von seinen Reden, den Versuchen, das Internet zu blockieren, bis hin zu einer Mischung aus Druck und Anreizen für die Eliten des Sicherheitsapparats und gewaltsamen Repressionen – hat die Opposition gestärkt. Doch jetzt stellt sich zunehmend die Frage, wie lange sich

die Proteste aufrechterhalten lassen. Die Menschen sind angewiesen auf ihre Arbeitsplätze und Gehälter. Auch hat eine zweite Welle der gewaltsamen Repressionen durch Spezialeinheiten bereits begonnen. Der Sicherheitsapparat mag die vergangene Woche lediglich dafür genutzt haben, sich neu zu formieren.

Lukaschenko bemüht sich, die Ereignisse als einen geopolitischen Konflikt zwischen der EU und Nato im Westen und Russland im Osten zu stilisieren. Er beschwört den Vergleich mit den „Farbrevolutionen“, insbesondere des Euromaidans in der Ukraine, und knüpft daran seine Bitte um die Unterstützung des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Dieses Narrativ hat den Kreml veranlasst, mehrfach vor einer Einmischung von außen zu warnen, verbunden

mit einer diffusen Drohung, möglicherweise eingreifen zu „müssen“.

Es geht bei den Protesten jedoch gerade nicht um die außenpolitische Orientierung von Belarus. Über den Protestierenden wehen keine EU-Fahnen, sondern die weiß-rotten Farben, die an die kurzlebige Volksrepublik 1918-1920 und die frühe post-sovjetsche Zeit anknüpfen. Die politischen Schlüsselfiguren der Opposition – die Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja, die sich nach Drohungen nach Litauen absetzen musste, und ihre Mitstreiterin Maria Kolesnikowa – betonen ganz bewusst immer wieder, dass es sich um eine nationale Krise handele, die auf nationaler Ebene bewältigt werden müsse. Sie selbst haben die EU um Zurückhaltung gebeten. Die Staats- und Regierungschefs der EU standen bei ihrem Videogipfel am Mittwoch vor der schwierigen Aufgabe, eine klare Ansage an Lukaschenko und die belarussische Bevölkerung zu formulieren, ohne dem Kreml einen Vorwand für eine direkte Intervention zu geben. Am Ende einige man sich darauf, dass die EU die Wahlen offiziell nicht anerkennt, und verwies auf die Notwendigkeit eines politischen Dialogs, bei dem die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE)



PROF. DR. GWENDOLYN SASSE
ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS).